

BERLINER APPELL FÜR EINE NEUE EUROPÄISCHE REFORMINITIATIVE vom Bundesausschuss der UEF am 21. April 2018 in Berlin beschlossen

Europa hat einen dringenden Bedarf an neuen Initiativen. Deshalb fordert der Bundesausschuss der UEF die Umsetzung einer umfassenden europäischen Reformagenda. Nach wie vor bedrohen vielfältige Krisen das politische Projekt von Frieden und Integration in Europa. Noch immer haben sich einige EU-Länder nicht von der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise erholt, und der EU ist es nicht gelungen, den Flüchtlingsnotstand und das Problem der inneren Sicherheit erfolgreich zu bewältigen. Zum ersten Mal in der Geschichte Europas wird ein Mitgliedstaat die Gemeinschaft verlassen. Zudem wird der Integrationsprozess durch das Aufkommen populistischer und antieuropäischer Parteien in der gesamten EU und durch die Verletzung gemeinsamer Werte und Grundrechte in einigen Mitgliedstaaten gefährdet.

Jedoch gibt es gleichzeitig wichtige positive Zeichen für die Zukunft Europas:

- Nach der Brexit-Entscheidung einigten sich die 27 verbleibenden EU-Regierungen in Bratislava einstimmig auf die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses.
- Präsident Macron wurde auf der Grundlage eines ausdrücklichen proeuropäischen Programms gewählt und hat weitreichende Reformvorschläge für die EU vorgelegt.
- Kommissionspräsident Juncker hat mit dem Weißbuch zur Zukunft Europas eine neue Reformdebatte initiiert und in seiner Rede zur Lage der Union im September 2017 einige konkrete Reformvorschläge aufgeführt.
- In Deutschland hat die neue CDU / CSU- und SPD-Regierung der Zukunft Europas in ihrem Koalitionsvertrag oberste Priorität eingeräumt.

Bis zur nächsten Europawahl im Mai 2019 besteht die Chance für entscheidende Reformschritte. Die UEF ist zutiefst davon überzeugt, dass Europa nur mit einem wirksamen, demokratischen und rechenschaftspflichtigen Regierungssystem auf europäischer Ebene stark genug werden kann, um die Zukunft der europäischen Bürger sowohl in Bezug auf Wachstum, Beschäftigung und Sozialleistungen als auch in Bezug auf die innere Sicherheit und die äußere Sicherheit zu gewährleisten.

Deshalb fordert der Bundesausschuss der UEF die folgenden Reformschritte:

- Die deutsche und die französische Regierung sollten unverzüglich gemeinsame Vorschläge ausarbeiten, mit denen die gravierenden Mängel des derzeitigen EU-Entscheidungssystems beseitigt werden können, insbesondere im Hinblick auf die Vollendung der Währungsunion, die Frage der Migration und die Notwendigkeit einer effektiveren europäischen Wirtschaftspolitik und die Stärkung der gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten in den internen und externen Sicherheitsangelegenheiten.
- Von Anfang an müssen diese Vorschläge den Regierungen der anderen EU-Mitgliedstaaten übermittelt werden. Von großer Bedeutung ist dabei die Einbeziehung der kleineren EU-Partner.
- Auf der Grundlage dieser Vorschläge sind die nationalen und die europäischen Institutionen aufgefordert, im Rahmen der bestehenden Verträge sich auf neue Regeln zur Bewältigung der Flüchtlingsströme sowie zur Bewältigung der internen und externen Sicherheits Herausforderungen zu finden, die Wirtschaftspolitik zu stärken und Wachstum, nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung zu fördern. Ein weiteres wichtiges Ziel besteht darin, die bestehenden zwischenstaatlichen Abkommen in ein neues, effektiveres und demokratisch kontrolliertes europäisches Rechtssystem einzubeziehen.
- Darüber hinaus sollten die nationalen und europäischen Institutionen aufgefordert werden, eine neue Phase der Integration einzuleiten, die über die bestehenden Verträge hinausgeht,



um die Errungenschaften der Europäischen Union zu bewahren und die institutionelle Instabilität zu überwinden, die das Referendum im Vereinigten Königreich geschaffen hat. Diese neue Phase ist notwendig, um die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Politischen Union weiterzuentwickeln. Ziel ist es dabei, eine effektive europäische Souveränität aufzubauen, ein föderales System koordinierter, zugleich aber eigenständiger Regierungsebenen zu schaffen und die derzeitigen Defizite von Effizienz, Demokratie und Rechenschaftspflicht in Europa zu überwinden.

- Parallel dazu sollten in allen EU-Mitgliedstaaten gut organisierte Konsultationen der zivilen Organisationen und Bürgerversammlungen über die Zukunft Europas stattfinden, verbunden mit grundlegenden Informationen über EU-Angelegenheiten.

Die UEF und ihre nationalen Sektionen sind bereit, diesen Reformprozess zu unterstützen und eine Schlüsselrolle bei der Organisation der Bürgerkonsultationen und der Informationsveranstaltungen zur Zukunft Europas zu übernehmen. Reforminitiativen werden nur erfolgreich sein, wenn sie von den proeuropäischen Kräften der Gesellschaft, den politischen Parteien und der öffentlichen Meinung unterstützt werden. Die proeuropäischen Kräfte müssen im europäischen Einigungsprozess zu treibenden Kräften werden.